

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

58 (9.3.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 66 3/4 Zustellgebühr; abgedruckt in der Beilagestelle und in Ablagen 2.- M; am Postkassier 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzellegierpreis 15 3/4.

Ausgabe: Wertig mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die 7spaltige No one'zeile oder deren Raum 50 3/4. Kleinanzeigen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Hohenzollernsprößlinge.

Im Hotel Adlon in Berlin, wo allabendlich eine prächtige und schmausende Parastenbande sich zu Gelagen zusammenfindet, hat ein Hohenzollernsprößling einen weißen Spektakel inszeniert. Der Prinz will natürlich unschuldig sein, nachdem er wieder nüchtern geworden ist; Kasse hat ihn diemelt in Schutz genommen. Das Verhalten und Auftreten der Hohenzollernsprößlinge in der ganzen königlichen Sippe während des Krieges war eine lange Kette des Skandals. Wo immer die Herrschaften sich zeigen mochten, erregten sie Vergernis. Man weiß, daß die unbeherrschbare Tausend der früheren Kronprinzessin während des Krieges vielfach großen Anstoß erregt hat. Kgl. Hoheit tanzen und trällerten wie ein Vöckel, unterdessen drangen die Feldgrauen Meniemerterweise dahingemäht worden sind. Und daß die Käufer und Käufer unter der Hohenzollernsippe gahrteich vertreten sind, ist doch auch kein Geheimnis mehr. Der samose frühere Kronprinz hat im Kriege ein wahres Luberleben geführt. Ihm hats be'onders das ewigweibliche angetan. Die Orgien, die mit der eigens für ihn und seinen Hofstaat nach seinem Hauptquartier geschafften Halbwelt monatlang gefeiert hat, haben die Truppen aufs äußerste erschüttert. In Holland steht dieses Prachtexemplar eines Fürken von Gottes Gnaden sein Luberleben fort, jedoch ihm selbst die Gefolgschaft aufzugeben.

Und dieser Gesellschaft soll nun das Volk auch noch Miesensummen als Abfindung geben, während die meisten der Hohenzollern eigentlich in eine Besserungsanstalt für Arbeitslose geschickten. Was sind dieser Gesellschaft die Mote des Landes und des Volkes, wenn nur sie praßen, schmausen und den raffiniertesten Schwelgereien frönen können. So sehen wir die königlichen Hofeuten aus dem Hohenzollernstamme: Kgl. Hoheit tanzen, Kgl. Hoheit praßen, Kgl. Hoheit prägen sich im Liebesmaß des genossenen Weines, Kgl. Hoheit fordern dem Volke Millionen und Schädigen durch lockeren Lebenswandel schließlich auch noch Land und Volk. Und diesen famosen Herrschaften wollen die Reaktionäre wieder auf den Thron verbeseln. Wir müßten ja ein Volk von elend Unwürdigen sein, wenn wir uns die Hohenzollern nochmals als Machthaber gefallen lassen würden.

über die französischen Offiziere so deutlich, daß er von verschiedenen Seiten gebeten wurde, sich zu mäßigen.

Am Samstag erwiderte Prinz Joachim Albrecht wieder im Hotel Adlon in Begleitung des früheren russischen Staatsrates Alexis von Harfeld und dessen Gattin. Sie nahmen in dem kleinen Saal des Hotels, der neben dem Tisch liegt, an einem runden Tisch Platz. Der Prinz, der mit einem Herrn bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, sprang erregt auf, als die Kapelle Deutschland über Alles spielte und rief den französischen Herren zu: „Aufstehen, sonst raus!“ Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenbaje nach dem Tisch, wo die Ausländer saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz mit einem schweren Kragenhalter in maßloser Erregung auf seine Gegner, die sich kräftig verteidigten, einzuschlagen versuchte, wurde er von den Kellnern umringt und hinausgedrängt. Den französischen Herren, die Ziviltragen, wurden teilweise die Kleider zerrissen, auch haben sie Duelle und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit Kapitän Klein gehabt haben.

Streit der Buchdruckerhilfen in Mannheim.

Mannheim, 8. März. Die Buchdruckerhilfen der hiesigen Druckereien sind heute in den Kassen eingetreten. Es handelt sich um Lohnfragen. Infolge dessen konnten die bürgerlichen Mannheimblätter heute nicht erscheinen.

Prozess Erzberger-Geislerich.

Erzberger verteidigt sich.

Berlin, 8. März. Nach der Mittagspause ergrieff Erzberger das Wort zu längeren Ausführungen. Man wolle mit dem Kampfe gegen seine Person die Demokratie retten und die ruhige Entwicklung aufhalten. Die jetzige Regierung solle beseitigt werden. Durch seine politische Ansichtung wolle man das deutsche Volk beherzigen. Im Juli 1917 wollte er das Volk aufrufen, um es vor dem Untergange zu retten. Die Juliaktion 1917 war die Rettung vor dem inneren Zusammenbruch. Damals habe man auf ihn nicht gehört bis dann nach Jahresfrist alles kam, wie es kommen mußte. Zum Weidensgang nach Compiegne habe er sich nicht gedrängt, aber sich dem Zwange der Mommentdränge gefügt. Erzberger verließ sodann die Instruktionen, die er im Worte von Compiegne empfing. Danach telegraphierte Generalfeldmarschall von Hindenburg eine Reihe von Punkten, in denen eine Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen anzuführen sei. Am Schlusse der Telegramme heißt es: „Gelingt die Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. Der Reichstagsratler telegraphierte gleichmäßig, daß Erzberger zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes verpflichtet sei. Als der Reichstagsratler herannah, habe er, Erzberger, für eine Ablehnung der Verantwortung nicht tragen können und wollte aus dem Kabinett ausscheiden, da die Ablehnung des Friedens die Fortsetzung des blutigen Krieges, den Verzicht der nationalen Einheit und einen mörderischen Bruderkrieg bedeutet hätten. Zuversichtlich habe er aber damit gerechnet, daß der Friedensvertrag nicht fortwähren könne. Ein jeder Tag bestätigte seine Annahme. Wegen dieser seiner nationalen Pflichterfüllung sei er fertig angekommen. Morbanträge wurden verabschiedet. Nach Alerenahme des Reichstagsministeriums, des unbedenklichen Amtes für alle Zeiten, habe er durch reiches Handeln die Grundlagen für das reichsweilige Steuerwesen geschaffen. Erzberger führte dann im einzelnen die ausgearbeiteten Gesetze und Gesetzesvorlagen an und betonte, mit ruhigem Gemüthe habe er den Gerichtssaal betreten und verlasse ihn erhobenen Hauptes. Die Fehler seines guten Charakters seien ihm vorgeleitet worden, allzugroße Hilfsbereitschaft auf der einen Seite, Vertrauen zu den Dilettanten auf der anderen Seite. Zahlreiche Zeugen aus allen Kreisen hätten sich erhoben, um betonen, daß das von seiner politischen Tätigkeit vor Gericht beantwortete Bild ein Verbild sei. Er hätte, ohne sich einem berechtigten Angriff auszuweichen, Millionen verdienen können. Er habe es abgelehnt und durch ehrliche wirkliche Arbeit ein beachtliches Vermögen erworben. Wenn er das Finanzministerium verlasse, werde er ärmer sein, als da wo er es betreten habe. Die Beweisnahme habe auch ergeben, daß er keinerlei Mißbrauch mit seinem Mandat und seinem politischen Einfluß getrieben habe. Die meisten von dem Angeklagten vorgebrachten Tatsachen seien in die Antezitja in das Ressort Geislerichs. Warum habe Geislerich bis Mitte 1919 geschwiegen? Wenn er sich für geschäftliche Unternehmungen eingelassen habe, geschähe es seiner Ansicht nach immer im Rahmen der allgemeinen Interessen. Die Auffassung des Oberstaatsanwalts, daß eine Veräußerung von Politik und Geschäft erwiesen sei, müsse er auf das entscheidendste bekämpfen. Zum Schlusse betonte Erzberger, sein ganzes Sein und Wollen sei dem Vaterlande, der Kirche und den Hilfsbedürftigen gewidmet gewesen, unterstützt vom Vertrauen seiner großen Partei und den treuen Wählern seiner geliebten schwäbischen Heimat.

Dr. Geislerich erwiderte Erzberger, indem er die Behauptungen des Nebenklägers zurückwies, daß es ihm an Verantwortungsbewußtsein gefehlt habe. Gegenüber dem Verusche, ihm den jungen Altentäter Dircksfeld an die Naohschöße zu hängen, betonte Geislerich mit größter Bestimmtheit, er mache sich nicht zum Verteidiger des Reichelmoders. In der Sache selbst sei der Wahheitsbeweis nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft gesücht. Er sehe dem Urteil ruhig entgegen. Die Lauterkeit seiner Motive bei dem Kampfe gegen Erzberger sei angezweifelt worden, demgegenüber weise er nochmals darauf hin, daß Erzberger ein Verhängnis für Reich und Volk sei und aus dem politischen Leben verschwinden müsse. Starker Zweifel in die Charakterfestigkeit Erzbergers seien ihm schon vor seinem Fortgang nach dem Orient gekommen. Als er Erzberger im Kriege wiederzusehen habe, habe er sofort gegen seine Tätigkeit als Propagandist die größten Bedenken gehabt. Die erste Juliaktion 1917 sei seine, Geislerichs, furchtbare Zeit gewesen. In der Regierung wußten damals alle, wie nahe wir dem Frieden waren, da habe Erzberger mit seiner Friedensresolution eingegriffen. Er, Geislerich, habe den damaligen Wahnsinn vergeblich bekämpft.

Die Verhandlung wird darauf auf Freitag vormittags 10 Uhr vertagt. Man nimmt an, daß es dann auch zur Urteilsverkündung kommen werde.

Der kontrerevolutionäre Erfolg im Falle Erzberger.

Gestern haben wir dargelegt, daß untreitig die Reaktionäre einen immerhin großen Erfolg dadurch erzielt haben, daß ihnen Erzberger ins Garn hineingepurzelt ist. Und man muß es den Deutschnationalen lassen, sie bauten ihren Erfolg unermüdlich aus. Sie haben gesehen, wie die Demokraten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fluchtartig von Erzberger abtrudelten, um schnell und rechtzeitig vor Gebatter Schneider und Handschuhmacher als Wähler eine möglichst gute Figur schinden zu können; sie haben weiter sofort bemerkt, daß die Parteimitglieder des Zentrums sich erhöht haben, die agrarische wie die aristokratische Richtung im Zentrum die günstige Gelegenheit für eine scharfe Rechtsorientierung des Zentrums auszunützen trachtet. Dazu kommt, daß die Zentrumspresse in der Verteidigung Erzbergers im allgemeinen viel, sogar vielfach alles zu wünschen übrig läßt; die kleine übrige Provinzpresse ohne eigenes Urteil und auf die Berliner Zeitungsartikelfabrikate angewiesen ist. Wozu noch kommt, daß der alte Bürgermann die Gelegenheit mit Vergnügen ergreift, sich abends beim Schoppen kräftig entlüften zu können. Der Bürgermann hat inzwischen erfahren, daß der neue Steuerzettel eine verteuert saure Sache ist und da braucht man ihn nicht sonderlich in den Rücken zu pochen, um ihn zu einer soliden Schimpferei auf den Erzberger zu bringen, der diese Steuern gemacht hat. Und ist man erst einmal dabei, auf Erzberger loszutrommeln, so kann im Vorbeigehen auch die Sozialdemokratie ein paar Hiebe abbekommen, was bekanntlich Herz und Gemüt des Durchschnittsbürgers ungemein erleichtert. Daß es auch Arbeiter genug gibt, die diese denfaulen Schimpfungen mitmachen, darf natürlich nicht verschwiegen werden.

Am meisten imponiert diesen Herrschaften die Behauptung, im Falle Erzberger hätte sich die Korruption im demokratischen Regiment deutlich gezeigt. Zwar ist unser alter Durchschnittsmittel himmelhoch entzündet, wenn er in r'er önlischen Angelegenheiten die Hilfe eines Parlamentarierers in Anspruch nehmen kann, und er ist fuchtschneidlich, wenn „sein“ Abgeordneter ihm irgendwelche Wünsche abschlägt; unser Durchschnittsmittel ist nämlich sofort bereit, jedes Geschäft zu machen, das Profit verspricht. Korruption hin, Korruption her, wenn nur der Staatsanwalt dabei nicht mitreden kann. Die bittere Gegenwart gefällt unermüdel gar nicht — uns auch nicht. Wir aber wissen, daß uns die riesengroßen Todsünden der alten Herrschaft eine solche ungläubliche Summe von Glend und wirtschaftlicher Verlotterung hinterlassen haben, daß höchstens Götter, nicht aber Menschen in kurzer Zeit Ordnung in die grauenvoll verfahrenen Situation bringen können. Da nun unser Durchschnittsmittel ein gottfrohlich denkfauler Kunde ist, fragt er nicht darnach, wie und woher das heutige Glend kam, sondern er schimpft einfach auf die Regierung, weil er heute, im demokratischen Deutschland, das ruhig riskieren kann, ohne gleich, wie etwa im alten Deutschland, den Staatsanwalt fürchten zu müssen. Er schimpft nach Noten auf die Regierung, die nichts fest zugreift, und hilft allabendlich am Bierisch kräftig mit, den Widerstand gegen die Regierung zu steigern, ihr selbst wo immer er kann, ein Schnippen zu schlagen.

Mit Stauen und Empörung vernimmt der Durchschnittsmittel, welcher ein einflußreicher und gefürchteter Herr dieser Matthias Erzberger gewesen ist. Das ist richtig. Als er in der Macht stand, und das war unter dem alten Regime in hervorragender Weise der Fall, kabschuckte alles vor Herrn Matthias: die Beamten, die jetzt aus den Amtsstuben das Material gegen Erzberger zusammentragen helfen, denn der größte Teil des gegen Erzberger verwendeten Materials stammt unzweifelhaft aus den Amtsstuben; dann die Herren Offiziere. Wer, wie wir, so viele Jahre die Beratungen der militärischen Angelegenheiten im Reichstage mitgemacht hat, weiß, wie gerade die Offizierskreise Herrn Erzberger umschmeichelt und umworben haben. Und ein nicht geringer Teil anderer Leute hat es seinen Zota heßer gemacht. Jetzt alauben viele dieser Herrschaften, die Morgendämmerung der Reaktion breche an und sie veruchen in ihrer elenden und erbärmlichen Geschäftshuberei schnell noch ins heitere Lager wieder zu gelangen.

Wir haben an Herrn Erzberger vieles anzusehen und keine unendlich vielseitige Geschäftigkeit hat uns niemals gefallen. Aber das muß ehrlicherweise doch gesagt werden: Als über Deutschland und das deutsche Volk die schwersten und furchtbarsten Stunden hereingebrochen waren, stellte dieser Mann unterbrochen seine niemals raute Arbeitskraft in den Dienst des deutschen Volkes. Die Waffenstillstandsverhandlungen abzuschließen war eine Arbeitsleistung von gigantischer Größe. Er übernahm auch diese Arbeit. Er löstele zunächst die schreckliche Suppe aus, die die Hindenburg und Ludendorff dem deutschen Volke eingebracht hatten. Und selbst sein niemals versiegender Optimismus löschte ihn nicht darüber, daß nur der schändeste Undank sein Lohn sein werde. Die total verfahrenen finanzielle Situation schnell aus dem allgrößten zu retten, erforderte wiederum die Arbeitskraft eines Setzules. Erzberger

Die nachträgliche Darstellung des Zusammenstoßes.

Aus Berlin wird berichtet: Der Zusammenstoß zwischen dem Prinzen und den französischen Offizieren bildet ein Glied in der Kette einer Reihe ähnlicher Vorfälle. Seit etwa drei Wochen kommt der 1876 als Sohn des Prinzen Albrecht von Preußen geborene Prinz Joachim Albrecht, der jetzt mit seiner Familie im Palais in der Wilhelmstraße 102 wohnt, ins Hotel Adlon. Vor etwa 14 Tagen erfolgte der erste Zusammenstoß zwischen dem Prinzen und dem Kapitän Klein, der Mitglied der französischen Militärmission ist. Der Kapitän wollte in das Hotel hineingehen und ließ dabei mit dem General Hoffmann zusammen. Der General war sehr erregt und äußerte seine Erregung dahin, daß er als deutscher Offizier sich von einem französischen Offizier anempeln lassen müsse, ohne genügende Entschuldigung zu erhalten. Der Prinz, der in der Nähe saß, gab in sehr kräftigen Ausdrücken seinem Unmut über das Verhalten des Kapitän Klein Ausdruck. Auch bei anderen Gelegenheiten äußerte sich Prinz Joachim Albrecht

Seite 6.
E. U.
Freitag, 8. März, Hochzeit
unblagen
rechtgas.
stelle des
1. —
2150
na.
erschäfte
werden,
str. 30.
iner
str. 50
2138
er
2149
he 114.
nd
on
ron
2154
F
holz wird
kommen.
Berfügung
ien maß
eigenem
ellen und
zurück
holz können
mächtig und
ind 3.
werden
auf Grund
erteilungsberechtig
ummlung
eine Zu
8. — Mari
auswärtiger
bekannt
84 März
618
markt ent
12 Uhr
Angelegenheit
Anmeldebes
Fabrik
straße;
Gaswert
mittags
schräge
sumstraße
618
ng.
findet am
tag von
48 Uhr
ung wurde
Tagfahrt
angestellt
ist nur
626

ten in,
nd, die
im er
ht on
te
em m

stürzte sich auch auf diese Aufgabe. Man mag über einzelne Steuergelehrte denken wie man will, der ganze Komplex der Steuergelehrten ist ein Werk, dem kein ehrlicher Mann die Achtung verweigern kann. Man vergleiche einmal dagegen die elende Stümperei der Hefserich und Genossen, man vergleiche die ganze jämmerliche der alten Regierung gerade auf dem Gebiete der Finanzen während des Krieges, um das Werk Erzbergers erst voll würdigen zu können. Das sagen wir, seine politischen Gegner, die mit ihm gar oft in scharfem Kampfe gelegen haben. Während Erzberger die härteste Arbeit vollbrachte, sahen die Hefserich und Genossen in der Werkstätte und in der Gießerei der Reaktion, um die Pfeile zu schnitzen und das Gift zu brauen, mit dem sie die Leute menschlings ermorden wollten, die in Deutschlands schwerster Zeit ihre Pflicht gegen Land und Volk erfüllt haben.

Wir wären jämmerliche Feindlinge, wenn wir in dieser Stunde, wo dieser Mann eine gestürzte Größe ist, wo an seiner Weste ein paar Flecken entdeckt worden sind, nicht den Mut haben würden, auch seine großen Verdienste anzuerkennen. Um den Beifall einer politisch blinden und verhetzten Menge zu gewinnen, stellen wir nicht Kraft und Leben in den politischen Dienst. Wenn im deutschen Reiche nach dem Zusammenbruch alle Menschen innerhalb ihres Wirkungsbereiches auch nur ein bißchen zu ernst ihre Pflicht erfüllt haben würden, wie Erzberger in seinem, wären wir über die allergrößten Schwierigkeiten schon längst hinaus. Wir haben vor einem Erzberger mit all seinen Schwächen und Fehlern tausendmal mehr Achtung als vor einem Hefserich, dessen Trivialisität wir während des Krieges bis zum Entsetzen kennen gelernt haben. Mögen die Durchschnittsmittel ihren Hefserich bewundern, sie sind einander wert.

Man konnte in dem Prozeß Herrn Erzberger manchen Widerspruch nachweisen. Wir haben schon gestern darauf verwiesen, daß er mit den Worten und mit dem Urteil nicht gerade geizte. Wir Süddeutschen sind befremdetlich ein bißchen schneller mit dem Wort als die Norddeutschen. Das liegt in unserm Temperament. Wer aber, der die aufregenden Zeiten und Tage während der kritischen Stadien des Krieges im Reichstage mitgemacht hat, will Erzberger deshalb zum unwahrhaftigen Menschen stemeln? Vom Abend zum Morgen, vom Morgen zum Abend wechselten gar oft die taktischen Situationen. Und wenn die Fraktionen am Abend taktisch einen Beschluß faßten, waren sie oft am andern Morgen genötigt, ihn zu revidieren. Inmitten des ungeheuren Weltendramas lief eben die politische Linie nicht glatt wie mit dem Aineal gezogen. Gewiß, Erzberger hat in der Kriegspolitik geschwankt. Vom siegesbegehrtesten Eroberungspolitiker ist er zum Verständigungspolitiker unter dem Zwange der Tatsachen geworden. Wollen wir ihn deshalb an das Kreuz schlagen, weil er — wenn auch etwas spät — zur richtigen Erkenntnis gekommen ist?

Erzberger hat zu viel auf sich genommen und ist darüber gepurzelt. Schade um ihn. Wir haben im politischen Leben keinen Ueberflus an Intelligenzen und betrauern jeden Mann, der begabt und von ehrlichem Willen befreit ist, der über Bord geht. Erzberger hat ehrlich an dem Neuaufbau Deutschlands mitgearbeitet. Gewiß, im bürgerlichen Sinne, aber er wollte den Fortschritt. Und darum wenden wir uns gegen die erbärmliche Spießbürgerherzlichkeit, gegen die billigen moralischen Krampfanfälle, in die jeder Feigling und Faulenzer heute ausbricht. Auch dem politischen Gegner gegenüber gibt es eine Solidarität und zwar die der Ehrlichkeit und der Wahrheitsliebe.

Politische Uebersicht.

Hindenburg als Kandidat für die Reichspräsidentenschaft.

Wir haben schon gestern darauf verwiesen, daß die Kontre-revolutionäre den Marschall Hindenburg als Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft bringen werden. Wie die ergreifendste „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, wird demnächst ein Aufruf erscheinen, der zur Wahl Hindenburgs auffordert. Der Marschall Hindenburg ist u. E. so ungeeignet der ungeeignetste Mann für den Posten des Reichsoberhauptes in den kommenden Jahren.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Die Hofen.

Also, die Hofen, mit denen wir sofort bekannt werden sollen, die hingen an der Grenze der Großstadt. Dort, wo der Gürtel von Schutt, Alteisen, Blechstücke und Lumpenresten, Konterdenbüchsen und Papierresten, welcher den Saum jeder Großstadt schmückt, seinen bunten Ring zieht. Vor einem einzelstehenden, dem baldigen Abriß entgegenstehenden Häuschen im Garten. Mitten zwischen solchem Salatbestand, rotbehangenen Johannisbeersträuchern und kleinen Blumenbeeten. Gerade über einem Beet voll weißer, gelber, und violetter Stiefmütterchen. Und war hingen sie, mit zwei Klammern festgeleckt, melancholisch im Winde flatternd und von der Sonne bis in ihre hintersten Tiefen bestrahlt, an einem zwischen zwei Pfählen gespannten Wäschele.

All die Hunderte von Stiefmütterchen strecken ihre tief-schwarz gefleckten Blätter der Hoie entgegen und schnitten infam knize Gesichter über deren helle, englisch farierte Mächtigkeits. Diese verächnlichen Gesichter hatten sie schon geschnitten, als heute morgen die würdige Frau Katharina Geißbüchler, verwitwete Schnör, geborene Müller, belagte Hofen an angezogene Leine hing. Gerade wie wenn sie zum voraus geduscht hätten, was mit denselben am heutigen wind- und sonnenvollen Vertage noch wässrieren sollte. Innerhalb der Geschichte jener statlich beleibten Frau hatten aber selbige Buren wieder ihre ganz eigene Bedeutung. Wie niemand abstreiten wird, der auch nur einiges aus dem Lebensgang der würdigen und resoluten geborenen Müller, verwitweten Schnör und wieder verehelichten Geißbüchler zu Ohren erhält.

Ihr seliger Schnör war Feldwebel beim Leibregiment gewesen und hatte sie (nämlich die Hofen) eines Tages bei Gelegenheit einer öffentlichen Auktion, dieweil sie noch neu und vollkommen ungebraucht waren, zur Ergänzung seines Zivilliederstandes gegen sofortige Barzahlung von

des schwerigsten Aufbaues. Wir haben vor dem Soldaten und furchtlos pflichttreuen Manne Hindenburg Achtung, aber der alte Marschall ist in allen politischen Fragen ein vollkommenere Laie und er würde desfalls ein willkürliches Vorgehen in den Händen reaktionärer Demagogen sein. Daß der Marschall als Führer der deutschen Heere in politischer Beziehung geradezu mit Blindheit im Kriege geschlagen war, hat der Kriegsverlauf bewiesen. In einer selbst für einen preußischen General nur schwer verständlichen Weise hat er sowohl England wie Amerika unterdrückt und gleichzeitig auch den ganzen Charakter des Krieges, den er immer noch glaubte mit den militär-technischen Mitteln erfolgreich führen zu können, obgleich seit Jahr und Tag erkennbar war, daß letzten Endes der Menschenerfolg, die Nothstoffe und die Maschinen den Ausschlag geben werden. Außerdem muß es doch wohl über alle Zweifel erhaben sein, daß schließlich Hindenburg auch als Führer der deutschen Heere nicht der entscheidende, sondern in der Hauptsache der gehobene Teil war. Rubenroff und seine Kamarilla waren die Entschenden, der alte Marschall spielte die Großpatrolle, der jedermann gewissermaßen freundlich auf die Schulter klopfte und versicherte: „Ander, wir werden es schon schaffen“. Und daran glaubte er auch noch, als schon die deutsche Heere am Zusammenbrechen waren. Und nur soll der Mann ihm völlig fremde Fragen beurteilen und dazu noch in einem Alter, wo jedes Singulieren schon aus menschlich naheliegenden Gründen ausgeschlossen ist. Ganz abgesehen von un'rem politischen Urteil über den Marschall, ist uns dieser untreulich persönlich achtungswerte Mann viel zu schade, als daß wir mit ihm das freventliche Spiel spielen könnten, das die deutschnationalen Demagogen mit ihm vorhaben. Eine Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten würde Deutschland im politischen Urteil der ganzen Welt aufs tiefste bloßstellen, weil eben Hindenburg auf politischem Gebiete ein vollkommener Neuling ist. Wir bedauern, gegen den alten Herrn das jagen zu müssen, aber die Gefahr ist zu groß, wenn er wirklich gewählt werden sollte, als daß man das unterdrücken könnte, was vorher gesagt werden muß. Nebenbei darf auch darauf hingewiesen werden, daß die in die Hände des Reichspräsidenten gelegte Macht eine nicht geringe ist, mit der ein Mann, der selbst ohne alle politische Erfahrung und von einer bestimmten Umgebung abhängig ist, furchtbaren Schaden anrichten könnte. Wir hätten es gerne gesehen, wenn man den alten Herrn seine letzten Lebensstage in aller Bescheidenheit hätte verbringen lassen. Wollen die Kontre-revolutionäre ihn aber inmitten des politischen Kampfes stellen, dann werden wir in gebotener Rücksichtslosigkeit jagen, was notwendig ist.

Die Reichstagswahlen im Herbst.

Es wäre eine unverständliche Schandtat gewesen, wenn die Reichsregierung sich von den Kontre-revolutionären und den mit ihnen regelmäßig an einem Strange ziehenden Unabhängigen dazu hätte drängen lassen, die Reichstagswahlen schon im Frühjahr oder Sommer vornehmen zu lassen. Die Nationalversammlung hat noch eine Fülle wichtiger Aufgaben zu erledigen, nach deren Abschluß der Wähler erst ein Bild von der Tätigkeit des ersten Parlaments der jungen deutschen Republik erhält, und dann weit ruhiger und besser als Wähler sein politisches Urteil fällen kann. Sind die nächsten besonders schweren Monate und Wochen hinter uns, ist die neue Ernte eingebracht und hat die Nationalversammlung ihre Aufgaben erledigt, dann sind gegen die deutschnationale wie gegen die radikale Demagogie Schutz-dämme errichtet, die in den Lasten der vollbrachten Leistungen bestehen. In der Zwischenzeit wird sich die radikale Demagogie die Füße ein wenig wund laufen, so große Risiken die Herrschaften auch heute noch im Kopfe haben mögen. Und die deutschnationalen Heißhorne haben heute schon die Köpfe ihrer Anhänger derart erhitzt, daß weiteres monatelanges Warten sie entweder zu Erzeissen verleitet, die aus der brennenden Ungebuld resultieren, oder die fortgesetzten Verheerungen verlieren durch die Dauer der Zeit an Wirkung. Diesen Herrschaften zuliebe den Wahltermin auf einen ihnen genehmen Zeitpunkt zu verlegen, wäre das Schlimmste gewesen, was man in der Politik tun kann, nämlich eine kapitale Lummheit.

Mögen nun die Radikalsinn und die Kontre-revolutionäre nach Herzenslust über den späteren Wahltermin spekulieren, tritt man ihnen mit der gebotenen Energie entgegen, wird auch dieser Spektakel ohne Erfolg und Wirkung sein.

Reichsminister Koch über das Reichstagswahlrecht.

Reichsminister Koch machte Vertretern der Presse Mitteilungen über den Inhalt der Gesetzesvorlage betreffend das Reichstagswahlrecht. Die Ausarbeitung des Wahlgesetzes sei eine Frage der Wahltechnik, bei der parteipolitische und koalitionspolitische Gesichtspunkte vollkommen auszuweichen würden. Der Hauptmangel des bisherigen Systems seien die großen Wahlkreise mit den daraus erwachsenden langen Wahlzeiten gewesen. Die langen Listen förderten auch u. a. die Verheerungen von Interessengruppen, Vertreter auf jede Liste zu entsenden. Der Gedanke der Einmännerrwahlkreise sei undurchführbar. Auch eine Verkleinerung der Wahlkreise sei schwer möglich. Deshalb sei beschleunigt die größeren Wahlkreise elastisch zu machen in der Weise, daß drei bis sechs Wahlkreise zu einem Wahlbezirk zusammengefaßt würden, innerhalb dessen dann jede Partei zu bestimmen habe, wieviel sie diese Wahlbezirke zu einer einzelnen Wahlkreise zusammenfassen wolle. Die Wahlbezirke würden etwa mit einigen Ausnahmen den Wahlbezirksverordnungen entsprechen. Bei der Bestimmung, daß auf 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter kommt, soll es verbleiben. Ferner soll es Reichsstimmen geben, die große Bezirke hätten. Sie ermöglichen die Wahl von Leuten, die ohne Fällung mit einem bestimmten Wahlkreise durch ihre hervorragenden Eigenschaften erwünscht seien. Von Einzelheiten seien noch hervorgehoben: Einführung von Wahlarten statt Wählerlisten in Städten, von Wahlzügen für Bezirke wie Binnenstädter, Handlungskreisende und Eisenbahnbeamte, endlich auch das Wahlrecht der Ausländer, deutschen.

Politik und Geschäft unter der Amtstätigkeit des Herrn Hefserich.

Im Unterausschuß für Handel und Gewerbe des Reichstages wurde Ende 1917 von einem Zentrumsgesandten mitgeteilt, es werde behauptet, daß Reichsrat der Eisen- und Stahlwerksindustriellen für Kriegsmaterial schon lange viel zu hohe Preise. Diese Ueberpreise erleichterten den Reichsrat um hunderte von Millionen Mark! Von der „Sektion Eisen“ der amtlichen Kriegsstoffabteilung sei 1918 die genaue Prüfung der Selbstkosten der liefernden Werke gefordert worden, da die Preisforderungen zu hoch erschienen. Die maßgebenden Werte verweigerten aber die notwendigen Selbstkostenausweise. Dessenungeachtet wurde von den mitwirkenden Ressorts, als welche in Betracht kommen: Reichsamt des Innern, Kriegsministerium (Unterabteilung Kriegsstoffgesellschaft, Sektion Eisen), Reichsfinanzministerium, neue Preisoberhöhen zugelassen. Demgegenüber wurde dem Reichstagsausschuß amtlich versichert, vor jeder Preisoberhöhung fände eine amtliche Prüfung der Selbstkosten statt. Diese Versicherung soll nach der Erklärung von Eingeweihten nicht beweisbar sein! Eine auf vieles Drängen erfolgte teilweise Kostenprüfung hatte der Kritik betrieblicher Sachverständiger durchaus nicht Stand. Ein Angestellter der Kriegsstoffabteilung, der durch sein Drängen auf genaue Selbstkostennachweise „aufstieg“, wurde von seiner Stelle entfernt! Als „Ersatz“ wurde ein Direktor der Sektorkonzern Gruben- und Hüttenwerkgesellschaft eingestellt!

Diese Vorgänge können Herrn Staatssekretär Dr. Hefserich auch nicht unbekannt geblieben sein. Sein Referent in den in Rede stehenden Fragen war Herr Mathias, Sohn des kaiserlichen Mathias, Aufsichtsrat der Sektorkonzern Gruben- und Hüttenwerkgesellschaft. In der dem Kriegsministerium unterstellten amtlichen Kriegsstoffgesellschaft resp. der „Sektion Eisen“, in der die Preisfragen bearbeitet wurden, fungierte als eine Hauptperson Herr Dr. jur. Hermann Fischer, Direktor der Sektorkonzern Gruben- und Hüttenwerkgesellschaft resp. der „Sektion Eisen“ in Preisfragen.

In der durch die Anfragen im Reichstags-Unterausschuß für Handel und Gewerbe veranlaßten Auseinandersetzung erscheint der Name des Herrn Generaldirektor Dr. ing. Siegel, A. B., von der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft als eines besonderen Vertrauensmanns der Kriegsstoffgesellschaft resp. der „Sektion Eisen“ in Preisfragen.

Die Verbindung von einflussreichen Amtsstellen mit der Privatindustrie durch Personalunion wird kaum anderswo so systematisch durchgeführt worden sein als in diesem Falle. Ein Generaldirektor, der in der Eisen- und Stahlindustrie als vielfaches Aufsichtsratsmitglied wirkt, stellt sich ungehindert an der Spitze des Reichsamtes, das die Preisoberhöhen mit eben derselben Industrie regelt. Herr Hefserich war damals noch im Amte. Wo blieb damals seine Sorge um die Fernhaltung der Verquickung von Politik und Geschäft?

stünf Reichsmark erstanden. Und hatte sie nur wenige Male gelegentlich seiner Urlaube getragen. Sie kleidete ihn vorzüglich und sah trotz des sehr ansehnlichen Wäscheleins und der beträchtlichen Länge des Herrn Schnör wie angezogen.

Da er jedoch nach einigen Besitzjahren dieser Hofe und der Frau Katharina das Heilige jagete, wurden sie nebst anderen Zivilliedern des Herrn Feldwebels in den Spind geknallt und jämlich gepöckelt. Das heißt in diesem Falle getropft und geküßt. Denn man konnte doch nicht wissen, welche Bestimmung ihrer noch harte. Zumal die verwitwete und mit einer guten roten Blüschgarmentur eingerichtete Schnör nicht beabsichtigte, lebigen Standes zu verbleiben. Aber selbst, wie es nun einmal im Leben zugeht, frögte die Schnör als Beigabe zu dem Häuschen und der Pensionberechtigung, welche sie mit ihrem zweiten Mann, dem Gerichtsdiener Geißbüchler, erwarb, einen Ehegönner, der sowohl in der Vertikalen, wie in der Horizontalen auch nicht im entferntesten den Mäßen ihres Selbigen entsprach. Trotzdem hob sie sämtliche Zivillieder ihres ersten gut auf. Denn, wie gesagt: man konnte doch nicht wissen, wie auch ihr zweiter —!

So also flatterten die karierten Weinbehangungen, vom Winde heftig durchblasen, mächtig an der Leine neben einem grauen Jackett und einer gelblichten Weste, während welcher Zeit die Geißbüchler in der Küche saß und über dem „Volksblatt“ nidend dufelte.

Mittlerweile nahte das Verhängnis! Und zwar in Gestalt eines großen behäbigen Herrn, welcher den einamen Weg, der vom nächsten Dorf her dicht am Gartensaum vorbeiführte, herunterkam.

Geißbüchler, was auf! Noch ist es Zeit! Es war das ein feiner Herr im Gebrod, steifem Hut und mit gerolltem Schirm, der den Weg entlang kam. Heißt das, besagter Herr war nur so lange sein, bis er in der Nähe erlischen. Genau wie auf dem Theater war! Dort sind die Garderoben auch, von weitem gesehen, sehr fein, und von der Nähe schäbig.

Einfach schäbig, genau wie die Garderobe dieses Herrn! Und dieser Gentleman, der Herr Sarra von Quabblig, er-

erschien ebenfalls, genau wie auf dem Theater, zu einem Gastspiel in jener Stadt.

Der schwarze Gebrod war etwas sehr eng geraten, und der Kenner würde innerlich röhren im Reinen gewesen sein, daß selbiger Rod nicht auf dem Wist des feinen Herrn gewachsen sei.

Die Tischpartien um Schulter und Koffragen hatten einen sehr interessanten Stich ins Graugrünliche, während der Saum der Kermel in diskret sattem Glanze ein Paar vormalis weiß gewesene Manschetten einräumte. Die Farbe der Manschetten stand in Idealformierung mit der Weste des hohen Stehtragens. Vermittelt, was das sein soll, sah zwischen Fragen und rotbrauner Weste eine ebem sehr blau gewesene Halsbinde, deren Couleur sich in längerer Benutzung, wie ihre Ausgespantheit bewies, degent getönt hatte. Diese Weste nun sah wieder etwas zu weit zwar, über einem in rundlicher Fülle sich neigenden Hängebüchlein (die Eulen von Quabblig waren seit Menschengedenken in reiferen Jahren alle damit ausgestattet) und spannte nur an den beiden untersten Knöpfen. Jedoch, war nun die Weste zu kurz oder aber die orangefarbene Hofe, welche der Herr trug; zwischen Hofe und Weste befand sich ein zwei Finger breiter Abstand, genau in der Mitte dieser beiden Kleidungsstücke. Ein Abstand, welcher sich, von der Mitte ausgehend, nach den Seiten verjüngte, ein graues Normalhemd zeigte und bevor es noch Weite und Duzen vereinigen konnte, hinter dem Gebrod verschwand. Jedoch nicht ohne zuvor indistinkterweise sehen zu lassen, daß an des linken Hofenläuses ein Stück grauer Schürz sich um den gelben Hofentopf schmiegte. Einstens von seiner Familie, selbstbeie seinem Schnitt, zeigten diese Hofen an den Ärmeln schon gewöhnliche Ausbuchtungen und an ihrem unteren Ende ein kleine Keigung zu sogenannten spanischen Kranzen.

Ein aus altem Ael entdrossenes Gesicht ist distinguiert und bleibt bis zu Ende, selbst wenn sein Träuer so ein, hitzigen faßt.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 8. März.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes über die Grundschule.

die Grundschule.

Minister Dr. Koch: Das Programm der Reichsregierung in Schulfragen kann Ihnen vorgelegt werden, wenn die Regierung sich über alle einschlägigen Fragen klar geworden sein wird. Auch die Schulkonferenz nach Ostern wird uns nur Anregungen geben können. Das Gesetz über die Grundschule und die Aufhebung der Vorschule konnte deswegen genommen werden, weil die Punkte in der Reichsverfassung hinsichtlich der Grundschule abgebaut werden. Das Gesetz gibt nur die Grundzüge und überläßt die Einzelheiten den einzelnen Bundesländern. Die veranschlagten Kosten sind gering. Ich bitte die Beratung des Gesetzes zu beschleunigen. Die Frage, die erledigt wird, ist nicht inhaltlich, sondern sozialer Natur.

Hr. Antonie Hüls (Soz.): Der Abbau der Vorschule ist die notwendige Voraussetzung für die verfassungsmäßig garantierte Grundschule. Wir beantragen, das Gesetz heute in allen drei Lesungen zu erledigen.

Hr. Oberjohann (D.N.): Wir wollen das in der Verfassung garantierte Recht der Elternentscheidung in der Grundschule gewahrt wissen. Die Vorschule ist eine Ständeschule. Wir beantragen die Ausschüßberatung.

Hr. Burjage (Str.): Wir erkennen an, daß das Reich Einfluß auf die Schule haben soll. Die Grundzüge der Verfassung in dieser Richtung billigen wir. Natürlich muß der Entwurf einer gründlichen Ausschüßberatung unterzogen werden, vielleicht durch den Verfassungsausschuß.

Hr. Weis (Dem.): Wir stehen voll und ganz auf dem Standpunkt der Verfassung. Dieses Gesetz ist weiter nichts als eine Umkreisung der Verfassung. Von rechts scheint man vorzugehen zu müssen. Diese Schulfragen sollten aus dem politischen Kampf herausgehoben werden.

Hr. Kunkel (D.N.): Wir werden ja den Weg der Einheitschule zunächst gehen müssen. Deshalb sind wir mit der Grundschule einverstanden. Es wird auch sein, wenn der Beschluß nur auf vier Jahre verteuert wird. Es wird auch sein, wenn die Kinder aller Volksschichten sich näher kennen lernen ohne parteiliche Verbeugung.

Unterstaatssekretär Schulz: Die Ergebnisse der Reichsschulkonferenz können eingehend nicht verwertet werden. Wir können darauf nicht warten. Die Besenken gegen das Gesetz sind mehr technischer Art. Wir sind gedrängt worden von den Unterrichts- und Schulverwaltungen der Länder und Gemeinden. Parteivorkümmern ist nicht maßgebend. Die Grundschule wird eine Arbeitsschule, keine Intelligenzschule sein. Ein Gesetz über die Fortbildungsanstalten wird der Nationalversammlung bald vorgelegt.

Hr. Kunnert (U.S.): Dem Prinzip des Gesetzes können wir zustimmen.

Hr. Leicht (Bayer. Volksp.): Dem Grundgedanke der Grundschule stehen wir zustimmend gegenüber. Wir schlagen Heberweisung an eine eigene Kommission von 28 Mitgliedern vor.

Nach weiteren Ausführungen der Hr. Dr. Quast (Soz.), Hr. Behm (D.N.), Hr. Burjage (Str.) geht die Vorlage an einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes eines **Verfassungsgesetzes**.

Unterstaatssekretär Mülle: Nach der Ablehnung anderer Entwürfe hat die Regierung sich für die Verabschiedung der Verfassung als solche entschieden, doch müßte das gegenwärtige Verfassungsgesetz aufgehoben werden. Der Gesamtentwurf des Verfassungsgesetzes müßte schnell zu Ende geführt werden. Die Höhe der Steuern ist wünschenswert genannt worden. Das trifft nicht zu. Wer es kann, der zeige uns einen anderen Weg, der aber sofort beschritten werden kann.

Die Beratung über das Gesetz wird zunächst vertagt. Hierauf beginnt die erste Beratung eines Gesetzesentwurfes über die

Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte

in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche.

Dieser Entwurf wird auch gleich in dritter Lesung erledigt. Das Verfassungsgesetz wird ohne weitere Aussprache dem Reichsausschuß überwiesen.

Morgen 1 Uhr Antrag über Reichstagswahlgesetz, Anfragen. Schluß nach 6 Uhr.

Badische Politik.

Die Freifahrt der Eisenbahnen.

Der Arbeiterausschuß der Firma Wolff u. Sohn-Karlsruhe wird uns geschrieben: In Nr. 64 Ihres Blattes fand ein Artikel die Petition betreffend, welche von dem Arbeiterausschuß der Firma J. Wolff u. Sohn G. m. b. H. vor einiger Zeit an den Landtag gerichtet wurde. In diesem Artikel wurden Gebanten hineingelegt, welche nicht zutreffen, wohl aber geeignet sind eine Klust zwischen den Werkschaffarbeitern und den Arbeitnehmern der Privatindustrie zu schaffen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, daß mit der Petition eine Verallgemeinerung der Freifahrtsgesetze für die Arbeiter der Privatindustrie nicht bezweckt war, sondern wir wollten nachweisen, daß der Staat der Allgemeinheit gegenüber nicht korrekt handelt wie es sich für einen „Mutterstaat“ gehört; das geht aus unserer Petition hervor, sonst nichts. Nicht um Kosten, Lebensmittel usw. war es uns mit dieser Petition zu tun, sondern um die Art und Weise, Freifahrtsgesetze zu geben. Wir sind nicht neidisch auf solche Privilegien, sondern wir finden es ungerade, wenn ein Teil Arbeiter freie Fahrt von und zur Arbeitsstätte von der Staatskasse zum Teil auf Kosten ihrer nächsten Kollegen bezahlt bekommen. Wir können feststellen, daß der Arbeitgeber Staat einem großen Teil, man kann sagen dem größten Teil seiner Arbeiter vier Pfennige pro Stunde nur deshalb von dem Lohn abzieht, um einer privilegierten Gruppe freie Fahrt zu ermöglichen. Das ist und bleibt eine Ungerechtigkeit auch der Allgemeinheit gegenüber.

Nach unserer Auffassung müßten die auswärts wohnenden Eisenbahner auf solches ihre nächsten Kollegen belassende einseitiges Privileg verzichten, und mit der gesamten Kollegenchaft am modernen Aufbau einer freien einheitlichen Eisenbahnerorganisation mitarbeiten. Wenn dieses geschieht, dann ist auch für den Eisenbahner die Zeit gekommen, mit allem Nachdruck den gleichen Lohn wie seine Kollegen in der Privatindustrie zu verlangen. Das kann er aber nur dann, wenn er im Besitze einer starken Einheitsorganisation den nötigen Druck gegen seinen Arbeitgeber den kapitalistischen Staat ausüben in der Lage ist.

Unsere Petition richtet sich also im Grunde genommen nicht gegen die Eisenbahner, wievielso von denen, welche nicht alle werden glauben, sondern gegen den „Mutterstaat“, welcher glaubt, seine Bürger korrekt und gleichmäßig zu behandeln, was gerade in Baden nicht zutrifft, wie es der Artikel in Nr. 64 Ihres Blattes zeigt.

Wir möchten in dieser Zuschrift bemerken, daß jener angeführte Artikel in Nr. 64 unseres Blattes lediglich ein objektives Bericht war über die Verhandlung der Petition des Ar-

beiterausschusses der Firma Wolff u. Sohn im Ausschuß für Gesetze und Beschwerden des Bad. Landtags, was wohl jeder aufmerksame Leser ohne weiteres gemerkt haben wird. Der Arbeiterausschuß der Firma Wolff u. Sohn möge also seine Beschwerde, wenn er glaubt falsch verstanden worden zu sein, an jenen Landtagsausschuß richten. Im übrigen äußert sich vielleicht einmal der eine oder andere Eisenbahner zu der Sache!

Der Landtagsausschuß für Verwaltung und Rechtspflege hat sich in seiner gestern, Montag, nachmittags abgehaltenen Sitzung mit der Regierungsvorlage beschäftigt, die eine Herabsetzung der Gebühren für Jagdpässe vorzieht. Nachdem ein weitergehender Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde, beschloß man einstimmig a) für alle innerhalb des deutschen Reichsgebietes wohnenden Personen 150 M., b) für das staatliche Forstpersonal und für die Jagdaufsicher 50 M. und c) für die außerhalb des deutschen Reichsgebietes wohnenden Landbesitzer 1500 M. fürs Jahr zu erheben. Für Wochenjagdpässe wird eine Gebühr von 25 M. erhoben. Die neuen, erhöhten Gebühren sollen schon für das laufende Jahr erhoben werden. Im Ausschuß und insbesondere auf der sozialdemokratischen Seite war man der Ansicht, daß die Ausübung des Jagdrechts unter den heutigen Verhältnissen ein Sport sei, für den sehr wohl menschenlich höhere Abgaben an den Staat bezahlt werden können.

Ansolange der Erhöhung der Taxen für die Jagdpässe sollen auch die Strafen für leichtere Jagdvergehen, die bisher mit Geldstrafen von 20 bis 150 M. geahndet wurden, entsprechend erhöht werden. Man stimmte einstimmig dem Regierungsentwurf zu, der für solche Vergehen Strafen von 100 bis 5000 M. oder Haft vorzieht. Weitere Anträge, die das Jagdgesetz betreffen und aus Abgeordnetenkreisen herorgegangen sind, sollen, nachdem sie erst die Fraktionen beschäftigt haben, später beraten werden.

Vom Volksknechtentum. In G. r. a. b. n. sprach am Samstagabend in einer öffentlichen Versammlung Hauptlehrer Saebler über Wesen und Aufgaben des Volksknechtentums. Er zeigte, wie gerade die soziale Vertiefung des Proletariats und der Kampf gegen den Kapitalismus eine Hauptaufgabe einer Volkspartei der Zukunft sein müsse, mit der sie steht und fällt. Auf der anderen Seite war seine Rede auch eine starke Bekämpfung der religiösen Kräfte, die sich im gesamten Leben der Gegenwart wirksam erweisen müßten. In der Ansprache verurteilte Herr Saebler die nachgewiesenen, daß Jesus und die Apostel wirtschaftlich freie Unternehmer und sogar Kapitalisten (!) gewesen seien, und der Führer der heutigen Volkspartei „jüdische“, die Sozialdemokratie wolle den Himmel den Engeln überlassen. Der Redner gab die gebührende Antwort und wies darauf hin, daß die Kirche erst dann von der Arbeiterpartei als Verkörperung wahren Christentums betrachtet werden könne, wenn sie nicht nur immer das Schlechte in der Arbeiterbewegung betone (es war nämlich auch der Münchener Geismord herangezogen worden), sondern das Gute und das Religiöse im Sozialismus erkenne. Der starke Beifall bewies, daß der Redner auch hiermit den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Zur Handhabung der Baupolizei. Das badische Arbeitsministerium hat im Interesse möglichst einheitlicher Behandlung der Fragen der Baupolizei in Deutschland die preussischen Bestimmungen vom 24. Dezember 1919 über die bei Hochbauten anzunehmende Belastung und über die zulässige Beanspruchung der Baustoffe anstelle der badischen Bestimmungen vom 31. Jan. 1918 für anwendbar erklärt. Soweit die letztere Bestimmung der inwärtigen ergangenen Verfügungen nicht berührt werden bleiben sie auch weiterhin in Kraft. Das Arbeitsministerium beantragt in der Zeit vom 9. bis 12. März in Karlsruhe eine Vortrags- und Ausbildungsreise für staatliche Beamte über Wohnung- und Siedelungsweesen im großen Vortragsaal für Geologie der Techn. Hochschule.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Technische Nothilfe.

Der Ausschuß des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm mit allen gegen 9 Stimmen die folgende Entschließung an:

Die Organisation der Technischen Nothilfe bedeutet eine ernste Gefahr für den gewerkschaftlichen Kampf. Wenn sie auch errichtet sein mag in dem Bestreben, lediglich den gemeingefährlichen Auswüchsen wilder Streiks entgegenzutreten, so bildet sie doch nach ihrer Natur und der Art ihrer Organisation eine ständige Bedrohung auch der berechtigten gewerkschaftlichen Streiks.

Indem der Bundesausschuß die Technische Nothilfe verwirft, erkennt er gleichwohl an, daß die Lebensinteressen der Allgemeinheit gegen Angriffe durch sinnlose Streiks geschützt werden müssen. Die mutwillige Zerstörung von Produktionsmitteln, sei es direkt oder durch Unterlassen resp. Verschinden von Rohstoffen, wird als Kampfmittel von den Gewerkschaften verworfen.

Streiks sowohl wie Ausperrungen in Gewerben von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung enthalten eine Gefahr für das Wirtschaftsleben und das Wohl der Arbeiterklasse oder einzelner Arbeitergruppen. Zur Vermeidung solcher Streiks und Ausperrungen ist es die Pflicht der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten rückfallslos anzuerkennen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnisse rechtzeitig zu vereinbaren und für saugemäße Durchführung zu sorgen. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Allgemeininteressen bewußt und halten es für selbstverständlich, daß in solchen Betrieben Arbeitseinstellungen nicht erfolgen, bevor alle Schlichtungsmöglichkeiten erschöpft sind und die zuständigen Gewerkschaftsleitungen ihre Zustimmung zum Streik erteilt haben.

Die Gewerkschaften erklären, daß sie bereit und in der Lage sind, den notwendigen Schutz der Allgemeininteressen gegen unverfügbare Streikausschreitungen selber zu übernehmen, gegebenenfalls durch die Aufforderung an die Mitglieder, durch milde Streikbewegungen erforderlich werdende Notfallsaktionen auszuführen. Mit dieser Erklärung verbindet der Bundesausschuß den Appell an die deutschen Arbeiter und Angestellten, strengste gewerkschaftliche Disziplin zu üben und den Aufforderungen ununterstützter und von der Gewerkschaft nicht beauftragter Personen zu wilden Streiks und sinnlosen Zerstörungsaktionen energischen Widerstand zu leisten.

Zur Lohnbewegung im Gastwirtsgerwerbe.

Die gastwirtschaftlichen Angestellten haben dieser Tage den Vorständen der gastwirtschaftlichen Landesorganisationen einen neuen Lohnantrag überreicht. In dem Antrag wird die achtstündige Arbeitszeit, eine allwöchentliche 24stündige Ruhezeit und eine 7 bis 14tägige jährliche Urlaubszeit unter Fortzahlung der Löhne festgelegt. Es wird darin ferner bestimmt, daß für die Frad- anzüge eine einheitliche Verpflegung eingeführt werden soll, ebenso für Portiers und Diener. Das Trinkgeld wird abge- hafft; seine Annahme verboten. Nach dem neuen Tarif sollen erhalten: die Oberkellner in den Hotels, Restaurants oder Kaffees je nach Größe 180 bis 220 M. wöchentlich,

die Zimmerkellner 140 bis 150 M., die Portiers in den Hotels (je nach Größe 160 bis 220 M., Hoteldiener, Büfelfräulein, Telefonistinnen erhalten 130 M. Außerdem in den Schwarzwaldbädern 130 M., Ueberstunden werden besonders bezahlt. Außerdem soll für alle Angestellten ein Feuerungsbeitrag von 20 bis 30 Proz., für Kurorte von 40 bis 60 Proz. bezahlt werden.

Betriebsratswahlen.

Gaggenau. Bei der letzten Freitag vorgenommenen gemeinsamen Abstimmung der Angestellten der Firma Benzwerke, ob gemeinsam mit den Arbeitern oder getrennt vorgegangen werden soll, fielen von 337 abgegebenen Stimmen auf gemeinsame Wahl 306 Stimmen, dagegen stimmten 29, der Stimme enthielten sich 2. Es ist dies Ergebnis ein erfreuliches Zeichen, das zeigt, daß sich auch bei den Angestellten immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß nur Einigkeit und festes Zusammenhalten zum Ziele führen kann. Da auf die Abstimmung bei den Arbeitern in obigem ausgefallen ist, so ist für die Benzwerke nur eine gemeinsame Liste aufzustellen. Beide Kategorien sind mit Aufstellung der Vorschlagslisten beschäftigt, es heißt nun: Die rechten Männer auch an den rechten Platz. Das Vorgehen der Benz-Arbeiter- und Angestellten-Liste kann den andern Werken nur zur Nachahmung empfohlen werden.

Aus der Partei.

Wahnungen an die deutschen Arbeiter.

Ein Parteigenosse, der längere Zeit in russischer Gefangenschaft war und die russischen Verhältnisse aus eigener Anschauung gut kennengelernt hat, sendet dem „Vorwärts“ folgende beherzigenswerte Ausführungen:

Vor zwei Jahren — es war am 25. Februar — zog das erste bolschewistische Regiment in unsere Stadt Nowo-Tscherkassk ein. Es bestand vorwiegend aus Kosaken, die betrügerischerweise die Partei der Gegner ergriffen hatten. Am nächsten Tage folgte der eigentliche Kern der russischen Armee, Matrosen und Grubenarbeiter, wilde, rauhe Gesellen, auf deren Rücken der Kampf mit der Natur deutlich geschrieben stand. Fürchtbar war der Rache, die sie an ihren Feinden nahmen. Man schonte nicht einmal die in den Lazaretten befindlichen Verwundeten, unarmherzig wurden sie auf die Straße gezogen und umgebracht. Die Leichen lagen später im Kanal, tags, ja wochenlang, eine fete Gefahr für das gesundheitliche Befinden der Bevölkerung.

Und dann, nach anderthalb Monaten, zog die Gegenpartei in unsere Stadt ein. Wir deutschen Zivil- und Kriegsgefangenen wurden Zeugen ebenso fürchtbarer Szenen. Die Kosaken kannten keinen Pardon. Lange Rüge von gefangenen Bolschewisten marschierten unter militärischer Bewachung an unserem Hause vorbei, zu gleicher Zeit knatterten Maschinengewehre: Die Russen der Reaktion erschossen ihre natürlichen Brüder, die jedoch die politische Gesinnung von ihnen trennte, zu Hunderten, zu Tausenden.

Heute, wo man sich fern von jenen Zeiten und Stätten befindet, an die solche schreckliche Erinnerungen knüpfen, wo man in der Lage ist, bei der herrschenden Ruhe sämtliche Ereignisse zu überdenken, erhebt immer wieder und wieder die Frage: Wie ist es möglich, daß solches überhaupt geschehen kann? Es war möglich, das beweisen obige Schilderungen, es ist möglich, das beweist der wilde grausame Kampf, der noch heute das russische Land erschüttert. Und eine indrängige, verständliche Bitte drängt sich allen deutschen Volks- und Leidensgenossen auf: Lasset ab, Brüder, von dem ewigen Sader, der nach dem Deutschlands Frieden führt, beugt Euch unter den Willen der großen Mehrheit des Volkes, das hoffentlich auch in Zukunft den Angriffen seiner extremen Elemente, ob rechts oder links, gewachsen sein wird. Mag Euch das von einem Menschen gesagt sein, der nach solchen Erlebnissen vor zwei Jahren sich für berechtigt ansieht, seinen Brüdern einen gutgemeinten Rat geben zu dürfen!

h. Leopoldshafen, 7. März. Hier fand heute eine öffentliche Volksversammlung im Gasthaus zur „Krone“ statt, die besser hätte besetzt sein dürfen. Der größte Teil der organisierten Arbeiter fand es nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen; räsonieren und schimpfen über die „unfähige“ Regierung ist ja viel bequemer. Der Redner, Genosse Landtagsabg. Kurz aus Brühlingen, sprach über die politische und wirtschaftliche Lage im Reich; gespannt lauschten die Anwesenden den 1 1/2stündigen Ausführungen des Redners, wofür ihm reichlicher Beifall zuteil wurde.

Gerichtszeitung.

1. Ein Eisenbahnunfall vor Gericht. Der Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge, dessen Schauplatz Hauptbahnhof vor der Einfahrt in den Freiburger Hauptbahnhof am 28. September v. J. war, hatte vor der Strafammer in Freiburg ein gerichtliches Nachspiel. Unter der Anschuldigung der Transportgefährdung und der fahrlässigen Körperverletzung stand der in Offenburg wohnende Reserve-Lokomotivführer Karl Ritt. Ritt kam an jenem Sonntagmorgen, einem nebeligen Tag, mit dem Personenzug 902 aus der Richtung Offenburg gefahren. Er setzte, da Verspätung vorlag, eine Geschwindigkeit von 45 Kilometer ein. Infolge des nebeligen Wetters überseh er das Vorzeichen, das auf Halt stand, und als er bei dem ebenfalls auf Halt stehenden Hauptsignal den Bremshebel anzog, war es bereits zu spät. Der von ihm geleitete Zug stieß an der genannten Stelle mit einer Weiche ausstehenden Personenzug 1509, der nach Elzach bestimmt war, in die Planke. Der letztere wurde auseinandergerissen und zwei Wagen aus dem Gleis geschleudert. Der Materialschaden war ein ganz erheblicher, dazu trugen eine Anzahl Personen leichtere Verletzungen davon, ernstere Verletzungen erlitt der Schaffner Sexauer, bedenklich verletzt, und bis heute noch nicht wieder vollständig geheilt, wurde die Apothekerfrau Einder. Ritt befindet sich seit 20 Jahren im Eisenbahndienst, etwas dienstliches oder sonst Nachteiliges hat er sich bis jetzt nicht zu schulden kommen lassen. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu drei Wochen Gefängnis mit der Begründung, daß ein Lokomotivführer bei nebeliger Bitterung zu besonderer Vorsicht verpflichtet sei, ferner hätte für ihn die Verpfändung bestanden, die Geschwindigkeit des Zuges zwischen Vorzeichen und Hauptsignal zu vermindern.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 8. März. Nach einer Meldung aus Saarbrücken hat der Kassationshof in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Raechling, das von dem Kriegsgericht in Amiens gefällt worden ist, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht verwiesen.

Berlin. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus München meldet, hat sich gestern in der Pulverfabrik Franz Winterholler in Stefanischen bei Hofenheim in Oberbayern eine schwere Explosion ereignet. Zwei Arbeiter wurden getötet, acht schwer verletzt. Vor zwei Jahren hat eine Explosion in derselben Pulverfabrik zehn Tote und zahlreiche Verwundete gefordert.

Brüssel, 9. März. Die Untersuchungskommission für die Bergabgabe Antwerpens kam zu dem Schluß, daß der Militärgouverneur dieses Platzes General de Gulle alle Mittel für die Verteidigung der Stadt verjagt habe.

Jugend und Sport.

Die Ausbildung der Turn- und Sportwart
 bildete letzten Mittwoch den Gegenstand einer gemeinsamen Beratung zwischen der Zentralkommission für Sport und Körperpflege (Arbeiter-Sportverein) und dem Badischen Landesauschuss für Leibesübungen. Beabsichtigt sind Kurse an der Turnlehrerbildungsanstalt, die von allen Seiten als Zentrale der Leibesübungen angesehen wird. Von Herrn Direktor Eichler waren zwei Kurse mit je 24 Teilnehmern vorgesehen, jedoch ergab sich aus der Debatte, daß je ein Kurs mit einer Dauer von 14 Tagen und 24 Kurstagen für die Arbeiter-Sportvereine und für die bürgerlichen Sportvereine als Mindestmaß notwendig sind. Die deutsche Turnerschaft sieht von einem Kurs an der T.A.A. ab und will dafür die für einen Kurs benötigten Mittel für Kurse im ganzen Land verwenden, die von ihrem Kreisturnwart geleitet werden. Aus der Debatte war auch zu ersehen, daß die vom Staat vorgesehene Summe von 12000 M für die Kurse nicht ausreichen und ein viel höherer Betrag sich als notwendig erweist, wenn ein guter Erfolg für die Kurse gewährleistet werden soll. Zentralkommission und Landesauschuss werden einen gemeinsamen Antrag in obiger Richtung an das Ministerium des Kultus und Unterrichts einreichen.

Fortschritt der freien Turnerschaft! In Unterwiesheim wurde von ehemaligen Mitgliedern des deutschen Turnvereins und Freunden der freien Turnerschaft ein Arbeiter-Turnverein gegründet. Der Verein hat die Mitgliederzahl von einem halben Hundert überschritten und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Hoffentlich leben die anderen sporttreibenden Arbeiter in der deutschen Turnerschaft auch recht bald ihre Konsequenzen und treten dem Arbeiterturnverein bei.

Aus dem Lande.

1. Kreisburg, 7. März. Beim Versuch, das von der Straßensohn erfasste Entschloß zu befreien, erlitt eine 67jährige Frau Martin in der Schwarzbadstraße eine schwere Gehirnerschütterung. Sie wurde bewußtlos nach einem Krankenhaus gebracht, in ihrem Aufkommen wird gewisshat.

Schönan, 9. März. Der gefährliche Einbrecher Enz aus Emmendingen versuchte auf tückische Weise aus dem höchsten Amtsgefängnis zu entfliehen. Da er schon mehrere Ausbruchversuche unternommen hatte, war er an beiden Händen gefesselt. Trotzdem gelang es ihm an seiner Kette den Schieber, durch den das Eisen gereicht wird, zu öffnen und sich durchzuwringen. Er kletterte dann am Kamin in die Höhe und am Abgabeler in den Hof, alles trotz gefesselter Hände. Hierbei wurde man aber durch das Geräusch aufmerksam und die weitere Flucht wurde vereitelt.

Kastlans, 8. März. Offiziersstellvertreter Griesbaum hat sich in der Kaserne des Jägerbataillons mit seinem dienstkollektiven erschossen. Er war vor einem Vierteljahr aus der englischen Gefangenenschaft zurückgekehrt und litt an Nervenstörungen.

Die Mordtat in Baden-Baden.

m. Baden-Baden, 9. März. Ueber die Mordtat am Sonntag, worüber wir bereits gestern in einem Teil unserer Auflage berichten konnten, wird noch folgendes mitgeteilt: Der Geschlossene ist der 18 Jahre alte einzige Sohn des Bankiers Kahn, der Täter ist der Sohn des Kunstmalers Professors Engelhorn von hier; er gab nach der Tat einen Schuß auf sich selbst ab, ohne sich zu treffen, worauf er festgenommen wurde. Ueber die Gründe zur Tat ist Näheres noch nicht festgestellt. Fest steht aber, daß der Täter ein sehr reges Mitglied des hier eine besonders starke Hege entfaltenden antimilitarischen Schutz- und Trutzbundes ist, wie auch sein Vater im Vorstand dieses Bundes tätig ist. Die Mordtat besteht also schon, daß er sich um die Tat eines fanatischen Antimilitaristen handelt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Organisation von Volksvorstellungen.

Der Vorstand des Karlsruher Theaterkulturverbandes hatte auf Donnerstagabend Vertreter von gewerkschaftlichen Organisationen zur Besprechung der Gründung einer Volksbühne in den Probeaal des Landes-Theaters geladen. Die Versammlung, an der auch ein Vertreter des Kultusministeriums teilnahm, war sehr gut besucht. An die von dem Vorsitzenden des Theaterkulturverbandes, Herrn Günther, unterbreiteten Vorschläge schloß sich eine rege Aussprache an; in der sämtliche Redner den Plan einer städtischen Volksbühne, die den breiteren Schichten des Volks gute Theaterkunst vermitteln soll, lebhaft begrüßten und ihre Unterstützung zusagten.

Es wurde aus der Versammlung heraus ein Ausschuss gebildet, der nächster Tage zusammentreten und die Richtlinien für die Organisation dieser Volksbühne ausarbeiten wird. Diejenigen gewerkschaftlichen Organisationen, die sich für den Plan interessieren und in der Versammlung nicht vertreten waren, wollen sich an den Vorsitzenden des Theaterkulturverbandes (Westendstraße 60) wenden.

Zu vorstehender Mitteilung seien einige Bemerkungen gestattet. Selbstverständlich werden wir die Bestrebungen auf Gründung einer Volksbühne nach jeder Richtung hin soweit es in unseren Kräften liegt, unterstützen und fördern. Feststellen wollen wir aber, daß es der Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei Karlsruhe war, der schon vor Monaten sofort beim Intendantenwechsel, in einer Sitzung mit Vertretern des Theaters die Frage der Volksvorstellungen und der Volksbühne eingehend besprach, und daß als Ergebnis dieser Aussprache beschlossen wurde, an die Gewerkschaften heranzutreten, um eine Aussprache über die Organisation der Volksvorstellungen und der Volksbühne herbeizuführen. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei teilte diesen Beschluß dem Gewerkschaftsrat mit und erhielt die Antwort, daß dem Wunsch entsprechende würde und daß der Bildungsausschuss rechtzeitig von der in Aussicht genommenen Aussprache Mitteilung erhalten würde. Wie wir nun aus einem Bericht über die letzte Sitzung des Gewerkschaftsrates in der unabhängigen „Sozialistischen Republik“ entnehmen (wir selbst erhielten, nebenbei bemerkt, keinen Bericht über die Kartellisierung), wurde in dieser letzten Kartellisierung auch über die Theaterfragen gesprochen und eine Aussprache mit der Leitung des Landes-Theaters vereinbart. Den Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei hat man also kurzgehandelt übergangen und ausgeschaltet. Man legt anscheinend keinen großen Wert auf die immerhin einige Tausend der sozialdemokratischen Partei angehörenden Arbeiter. Das Verdienst des Bildungsausschusses, als erster die Frage der Volksvorstellungen und der Volksbühne angeschnitten zu haben und die ganze Angelegenheit überhaupt ins Rollen gebracht zu haben, kann natürlich durch dieses ungehörige Verhalten gewisser Stellen nicht schmälert werden. Wir stellen dies fest.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 9. März.

Zum Konflikt im Buchdruckgewerbe.

In einer gestern Abend stattgefundenen Versammlung des Ortsvereins Karlsruhe des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, welcher auch Vertreter der Orte Baden-Baden, Bruchsal, Rastatt und Bretten anwohnten, erstattete Kollege Hof den Bericht über die Tarifauschuss-Verhandlungen und das Resultat des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses im Reichsarbeitsministerium. In seinen Ausführungen behandelte der Redner die Schwierigkeiten der Verhandlungen und die Hartnäckigkeit der Unternehmer, die geringen Zugeständnisse anzuerkennen. Die Gehilfenbetreuer riefen den Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums an, der nach einträglichen Verhandlungen folgenden Schiedspruch fällte:

„Folgende Teuerungszulage ist zu zahlen: In großen und teuren Orten 60 M wöchentlich, in mittleren Orten 55 M, in kleinen Orten 50 M. In sämtlichen Orten für lebige Gehilfen 5 M weniger. Die seit 1. Januar gültige Prot- und Kartoffelzulage im Betrage von 10 M für Verbeiratete und von 5 M für Ledige wird bei obigen Summen eingerechnet und kommt bei der ersten Monatszahlung in Berechnung. Die Teuerungszulage ist zu zahlen in drei Raten, und zwar in gleicher Größe. Die erste Rate ist zahlbar ab 1. März l. J., die zweite Rate ab 15. März l. J. und die dritte Rate ab 15. April l. J. Der Schiedspruch tritt mit 14tägiger Frist in Geltung. Die Parteien haben spätestens in einer Woche mitzuteilen, ob sie den Schiedspruch anerkennen wollen. Nichtbenachrichtigung gilt als Ablehnung.“

Die Unternehmervertretung lehnte den Schiedspruch ab. In seinen sachlichen Ausführungen forderte der Referent zum Schluß die Versammlung auf, sich für Tragweite ihrer Beschlüsse bemüht zu sein. Sämtliche Disziplinierungsredner getrieben das geringe soziale Verständnis der Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber und wiesen auf die Unmöglichkeit hin, weiterhin zu den jetzigen geringen Löhnen zu arbeiten, die es den Kollegen nicht ermöglichen, sich und ihre Familien durchzubringen, mahnten aber auf fähiger Ueberlegung und zügiger Besonnenheit und warnten vor übereilten lokalen Streiks, so daß zum Schluß der Versammlung unter Protest gegen die geringen Zugeständnisse der Unternehmer dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt wurde.

Unter voller Würdigung des Ernstes der Situation und unter der Parole der Einigkeit und Geschlossenheit fand folgende Entscheidung des Vorstandes gegen wenige Stimmen Annahme:

„Die heute Montag, 8. März, stattgefundene stark besuchte Versammlung der Gehilfenschaft Karlsruhe nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem abweichenden Verhalten der Prinzipale gegenüber dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses im Reichsarbeitsministerium. Die Gehilfenschaft, schwer bedröht in ihrer wirtschaftlichen Existenz, ist weit davon entfernt, den Schiedspruch als einen Ausgleich der jetzigen Teuerung anzuerkennen, stellt sich aber trotzdem auf den Boden der gegebenen Tatsachen und wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des Schiedspruchs eintreten. Die Versammlung erwartet vom Verbandsvorstand bei eonst. Ablehnung des Schiedspruchs durch die Prinzipale, energische Schritte bei der Reichsregierung, um die allgemeine gesetzliche Anerkennung des Schiedspruchs für das ganze deutsche Reich zu erwirken.“

Sollte aber wider Erwarten auch das Reichsarbeitsministerium keine Verständigung erzielen, dann verlangt die Gehilfenschaft vom Vorstandsvorstand sofortige energische Schritte zur Durchführung des Schiedspruchs. Kommt es zum Neuzerstreik, hat die gesamte Gehilfenschaft ohne Ausnahme für den Schiedspruch einzutreten und der Arbeit fernzubleiben.“

*** Sozialdem. Verein.** Morgen Mittwoch, abends halb 8 Uhr, in der „Goldenen Krone“ Vertrauensmännerversammlung. Gen. Landtagsabg. A. Weigmann hält einen Vortrag über „Die politische Debatte im badischen Landtag und die Sozialdemokratie“. Die Wichtigkeit des Themas erfordert das Erscheinen aller Vertrauensleute, denn die politischen Auseinandersetzungen im Landtag sind von größter Wichtigkeit, jedoch eine nähere Orientierung über dieselben notwendig ist.

*** Sozialdemokratischer Verein.** - Bezirk Mühlheim. Am Mittwoch, 10. D. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Schwanen“ Parteiverammlung statt. Tagesordnung: „Die Grundfragen des Sozialismus, ihre Bedeutung für die Zukunft“, Referent Genosse Kahler, jud. phil., Karlsruhe. Wir bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Handarbeitsaal der Sebeltschule (Kreuzstraße) ein Wählvers. statt. Außerdem ist heute abend 7 Uhr Fortsetzung des von Gen. Stadtd. Böhringer geleiteten Kurses über Einführung in den Sozialismus. Letztere Veranstaltung findet im Büro des Gen. Böhringer, Weierheimer Allee 10 statt. Die älteren Jugendlichen werden gebeten, sich zahlreich an diesem Kurse zu beteiligen.

*** Erhaltung des Wildparks.** Der Stadtrat hat im April v. Js. beim Bad. Finanzministerium angeregt, den Wildpark als solchen zu erhalten, nicht nur als lehrreiche Sehenswürdigkeit, sondern auch im Interesse der Versorgung der Stadt mit Wildpret und ihn zu einem reicheren Tierpark auszugestalten, in dem eine größere Zahl von Tierarten gehalten werden könnten. Das Finanzministerium teilt nun das Gutachten des Forstamts mit, das dahin geht, daß schon während der Kriegsjahre der Wildbestand bedeutend abgenommen habe und der Park fast jetzt ziemlich wildleer. Dazu komme, daß die Unterhaltskosten der Umzäunung schon vor dem Krieg 9000 M. Kosten verursacht habe und jetzt mindestens das Dreifache betragen würde. Mit dem neuen Jagdjahre sei beabsichtigt, die nördliche der Linie Sogelsfeld-Eggenstein gelegenen Teile des Parks im Wesentlichen zu verpachten, dagegen solle der südlich dieser Linie nach der Stadt zu liegende Teil in Selbstbewirtschaftung gehalten werden, damit das Areal auf die Schaffung und Erhaltung eines gewissen mäßigen kräftigen Wildbestandes an Hasen und Meisen für einen Einfluß sichern könne. - Es ist wirklich sehr zu bedauern, daß der Wunsch des Stadtrats nicht der Erfüllung entgegengeht. Uns mußt das Urteil des Forstamts doch etwas sonderbar an.

Wer den Pfennig nicht ehrt... Die dieser Tage in den Blättern mitgeteilte Verfügung des preußischen Finanzministeriums, daß die Kassentellen angewiesen seien, die zu zahlenden Beträge nach oben abzurunden, da kein Kleingeld vorhanden sei zum Herausgeben, scheint in Karlsruhe rasch Nachahmung gefunden zu haben. Wir herappten letzten Samstag unsere erste diesjährige Heimjudung von 34,78 M. Umlage-Nachtrag auf der Kasse im Kaffee Bauer, legten einen 50 M. Schein auf den Tisch und mit einem Konfall, der erkennen ließ, daß der betreffende Beamte das Sprichwort schon mehr als einmal hergesprochen und in einem Tone, der nicht die Freude

erkennen ließ, die sonst Leute empfinden, wenn sie Geld erhalten, wurde uns herausgegeben: Zwei Pfennig habe ich nicht, mach 34,80 M, 35 M, vierzig, fünfzig Mark, - und wir waren in Gnade entlassen. Es mag nun der einzelne Betrag klein erscheinen; bei den Tausenden Umlagezählern aber, die in Betracht kommen und bei denen die übergroße Mehrheit wohl „ungerade“ Beträge zu entrichten hat, kommt so „hinterherum“ doch ein schönes Summchen für den Stadtkäse zusammen. Aus dem Benehmen des Beamten gewannen wir den Eindruck, daß er prinzipiell „zwei Pfennig nicht hat“. Wir möchten aber, doch die Frage aufwerfen, ob es so ohne weiteres zulässig ist, daß die Stadt einfach die ihr geschuldeten Beträge aufrundet. Zum mindesten gehört dies dann bekannt gemacht. Ansonsten könnten wir ja auch einmal den Versuch machen, uns jenseits den Betrag - nach unten - abzurunden, denn nach dem einen recht ist, ist dem andern billig; - hinsichtlich der Öffentlichkeit dürfte ja wohl kaum eine Veränderung festzustellen sein, höchstens daß dann der Unteroffizierston sich zum Prellwebelston steigert. Und dagegen ist man ja als „Kriegssoldat“ abgestumpft.

Sunter Operettenabend. Die städtischen Konzerte in der Festhalle in ihrer jetzigen Form sprechen anheimelnd immer mehr an. Am Sonntagabend war die Festhalle aus derer lauft und mit denen, die nicht mehr hinein konnten, hätte man noch den halben Saal füllen können. Die gebotene Auslese aus alten und neueren Operetten gab den darstellenden Kräften eine prächtige Gelegenheit zur Entfaltung ihres Talents, wobei sich insbesondere der Leiter der heftigen Operette, Herr Rorden, sowohl als Conferencier wie als Mitwirkender auszeichnete. Wenn auch seine Stimmmittel nicht ganz auf der Höhe sind - die Töne haben ziemlich Keckheit mit einer fast nachlässigen - so ist seine Darstellung und Mimik unübertrefflich, sobald man die stimmlichen Mängel gerne in Kauf nimmt. Den sonstigen gesanglichen Teil bestreiten die Damen Friedrich und Schlager, sowie die Herren Neugebauer und Seibel in gewohnt vortrefflicher Weise. Auch die Kapelle des Musikvereins „Harmonie“ genügt im allgemeinen, sobald man von einer in allen Teilen gelungenen Veranstaltung sprechen darf.

Sein Erscheinen eingestellt hat der „Evangelische Gemeindebote“ für die Stadt Karlsruhe. In seiner letzten Nummer gibt er diese Maßnahme bekannt und begründet sie damit, daß die Herstellungskosten gegenüber der Preisenszeit um das Fehlfache gestiegen sind.

Todesfolge. Wir berichteten in Nr. 47 unserer Wäites, daß bei einer Operation einer in der Altstadt wohnhaften Frau eine Sonde im Leibe stecken blieb. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Frau vorgestern gestorben. Eine alte gebrechliche Mutter und 2 Waisenkinder trauern um dieselbe. Näheres über den ganzen Fall wird wohl die stattgefundene Gesezung und die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ergeben.

Diebstahl. Am Sonntag nachmittag stieg ein Unbekannter über den Balkon eines Hauses in der Weststraße in eine Wohnung ein und entwendete daraus Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 2500 M. - Mehrere Volkshilfen gelangten zur Anzeige, weil sie im Rheinparken hier Altsachen stahlen.

Rindensatzung. Heute früh gegen 7 Uhr wurde in der Peter- und Paulskirche hier während der Messe in der Nähe des Haupteingangs ein etwa 6 bis 7 Wochen altes Kind, Anabe, mit welchem Gebenden, blaugestreiften Jäckchen, in eine braunwollene Decke eingehüllt, von einer etwa 40 Jahre alten Frau niedergelegt, die sich dann eiligst unerkannt entfernte.

Raubüberfall in der Schillerstraße. Bei der herrschenden Dunkelheit wurde gestern abend, wie das „Tagblatt“ berichtet, einer von auswärts zugereisten Dame die Handtasche entziffen. Ein zufällig vorbeigehender Herr nahm die Verfolgung des Täters sogleich auf; es gelang ihm auch, diesem den Raub wieder abzunehmen. Der Täter selbst entkam in der Dunkelheit.

Veranstaltungen.

Deutsche Friedensgesellschaft. Am Dienstag, 16. März, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Karlsruhe, einen literarischen Abend, in dessen ersten Teil Herr Dramaturg Bruno Schönfeld vom badischen Landes-Theater im Rahmen seines Vortragsschlusses die Hofenleberische Tragödie „Antigone“ zum Vortrag bringen wird. Für den zweiten Teil ist eine freie Aussprache über das Thema: „Ist die Weltfriedensidee nur ein literarischer Gedanke oder praktisch durchführbar?“ vorgesehen, wozu Herr Rechtsanwalt Dr. A. Friedberg das einleitende Referat übernimmt.

Liederabend Margarete Schwindert. Es sei nochmals auf den heute Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal stattfindenden Kompositionenabend hingewiesen. Karten bis 6 Uhr bei Kurt Neufeldt dorn. Hofenleberhandlung Hugo Kunz, Weststraße 39, ab 7 1/2 Uhr Abendkasse im Eintrachtsaal.

Tanzabend. Der auf 7. März anberaumte Tanzabend von Paula Lynn-Bartner wurde krankheitshalber auf Freitag, 12. März, abends 7 1/2 Uhr verlegt; er findet im großen Eintrachtsaal statt und sind noch Karten bei Hofenleberhandlung Hugo Kunz, Weststraße 39, Tel. 1647, und an der Abendkasse zu haben.

Kunstabend. Am Sonntag, 14. März abends 7 Uhr veranstaltet Bruno Stürmer im Saale des Arbeiterbildungvereins seinen zweiten Kunstabend unter Mitwirkung von Frau Elisabeth Stürmer (Violine) und Konzertänger Willy Eißler (Saxofon). Nach dem großen Erfolg, den der erste Abend von 3 Wochen hatte, ist zu erwarten, daß dieser Veranstaltung sehr besucht wird, und so diese Abende die Bedeutung erhalten, die ihnen zukommt. Das Programm wird wieder leicht verständlich gehalten sein und enthält Lieder von Schubert und Brahms, sowie Instrumentalwerke von Mozart, Beethoven und Brahms. Karten zu 1.10 M. in der Expedition unseres Wäites, sowie im Lokal des Arbeiterbildungvereins (Hausmeister).

Pastionsfestspiele in der Festhalle zu Karlsruhe. Aus dem Büro der Pastionsfestspiele wird uns mitgeteilt, daß die Ausführungen erst am 10. März abends beginnen. Spielzeit bis 17. ds. Die festgesetzte Schüleraufführung findet am 13. nachmittags 2 Uhr statt. Alles Nähere ist aus den Anseraten und Blättern ersichtlich. Die Kartennachfrage ist eine sehr rege und empfiehlt es sich rechtzeitig die Karten zu besorgen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Heiligteten Hermann Winter; für den Angeregenten Gustav Krages, sämtlich in Karlsruhe, Lützenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein „Jassalla“.) Dienstag abends 7 1/2 Uhr Sängerverammlung im Lokal. Wegen wichtiger Tagesordnung unbedingt Erscheinen notwendig. - Donnerstag abends 7 1/2 Uhr Singstunde. Das Erscheinen sämtlicher Sänger ist auch hier erwünscht. 2164 Der Post.

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel 110, gest. 5, Refl. 227, gest. 22, Rogau 407 gest. 16, Mannheim 805, aest. 20 Zentimeter

Ständesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe

Gebrüder. Waltraut, 8. ... (List of names and details from the Ständesbuch)

Unsere MODELLHUT-AUSSTELLUNG ist eröffnet! Zum Besuche laden ein GESCHWISTER GUTMANN

Wir suchen bestempfohlene Damen Kasse und Büro. Hermann Tietz.

Wir suchen fachkundige Verkäuferinnen für die Abteilungen Strumpfwaren Besätze Damenputz Pelzwaren. Hermann Tietz.

Wir suchen für unser Damen-Konfektions-Atelier geübte Schneiderinnen, Garniererinnen und Zuarbeiterinnen. Hermann Tietz.

Badisches Landestheater. Dienstag, den 9. März 1920. Neu einstudiert: MACBETH.

Sonderangebot! Blauer Anzugstoff reine Wolle zum Ausnahmepreis von Mk. 230. L. Brotz

Dienstag, 9. März 1920, abends 8 Uhr, im großen Rathausaal: Öffentlicher Vortrag von Frau Dr. Regelaender über: Berufswahl, Berufsberatung, Vereinte Berufs-Beratungsstelle für Frauen und Mädchen beim Städt. Arbeitsamt Karlsruhe

Revisionsbeamten. Bei der Stadtgemeinde Singen a. Hochstadel ist die Stelle eines Revisionsbeamten zu besetzen.

Ab heute Dienstag der vollständige neue Spielplan der Königin der Filmkunst Henny Porten in ihrem neuesten und besten bisher erschienenen Meisterwerk dem großen gewaltigen Filmwerk Monika Vogelsang

Als Einlage: Der verschwundene Pokal Lustspiel in zwei Akten. In der Hauptrolle: Gerhard Dammann. Künstlerkapelle

Höchstpreise für Fleisch, Wurst und sonstige Fleischwaren.

Table with columns for item name (e.g., Rindfleisch, Kalbfleisch) and price per pound (per Pfund).

Pferdefleischverkauf.

Table listing horse meat prices for different series (Serie A, Serie B) and quantities.

Anruf zur freiwilligen Kartoffelabgabe.

Ein großer Teil unserer Mitbürger ist ohne jeden Vorrat an Winterkartoffeln und infolgedessen in einer großen Notlage.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Mittwoch, den 10. März, bis Freitag, den 12. März 1920.

Rüchen- u. Hausmädchen

für Wirtschafts-Betrieb zum sofortigen Eintritt gesucht

Städt. Arbeitsamt

Fachabteilung für das Hotel- und Wirtsch. Gewerbe Bähringerstraße 98

Grasse Posten

Mäntel :: Jackenkleider :: Röcke zu billigen Preisen eingekauft sind eingetroffen. Daniels Konfektionshaus

Todes-Anzeige.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied Sonntag morgen unerwartet schnell mein treubesorgter Gatte, unser lieber Vater, Schwiegervater u. Großvater

Adolf Wehrle

städtischer Gärtner im Alter von 81 Jahren. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Marie Wehrle

geb. Löhrl. Karlsruhe, den 7. März 1920.

Beerdigung findet Dienstag, 9. März, nachmittags 4 Uhr statt. Trauerhaus Durlacherstraße 49. 2155

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel

Gustav Scheib

Steinhauer

am 8. März nachmittags 4 Uhr unerwartet und sanft einschlafen ist. 2672

Namens der trauernden Hinterbliebenen: frau Amalie Scheib Awe, nebst Kinder und Geschwister.

R.-Mühlburg, Badstr. 58, den 9. März 1920. Beerdigung: Mittwoch mittags 5 1/2 Uhr, von der Kapelle des Mühlburger Friedhofes aus.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir setzen unsere Mitglieder von dem Hinscheiden des Genossen

Gustav Scheib, Steinhauer

hierdurch geziemend in Kenntnis. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. März, mittags 5 1/2 Uhr, auf dem Mühlburger Friedhof statt und ersuchen wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Amt ist sofort die Stelle eines

Sekretärs

durch einen verheirateten Verwaltungskaufmann zu besetzen. Bewerbungen sind spätestens bis 20. März d. J. hierher einzurichten. 624

Städtisches Jugendamt Karlsruhe.

Lackiererei-Vorarbeiter

Der reiche Erfahrungen im Spachteln, Schleifen und Spritzlackieren (Dienstoff) von Klein-Maschinen hat zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. Bed. ge. bevorzugt.

Turbo Maschinenbau-Gesellschaft

Heberlingen a. Bodensee. 2160

Dr. med. Böck

Durlach, Ettlingerstr. 2 von der Reise zurück.

Sprechstunden:

Samstags vorm. 8-10 Uhr, an den übrigen Wochentagen nachm. 4-6 Uhr. 2163

Eintracht-Saal

Tanz-Abend

Freitag, 12. März 1920, abends 7 1/2 Uhr

Paula Lynn

ehem. Solonitzlied am Frankfurter Opernhaus

Wilh. Raetz

mimischer Partner

2163

Karten zu 7,70, 6,60, 5,50, 4,40 und 2,20 Mk. (inkl. Steuer) bei Musikalienhandl. Frau Tafel, Kaiserstr. 82 (Tel. 1647) und an der Abendkasse.

Palast-Theater

Der neue Spielplan:

Dienstag bis einschließlich Freitag

Blinder Haß kann Liebe nicht zerstören

Drama in fünf Akten Dargestellt von namhaften Auslandskünstlern.

Fräulein Rechtsanwält

Lastspiel in drei Akten mit

Zoo Hardy. 2166

Anfang: 5 Uhr. Einlass: 1/2 Stunde vor Beginn.

Perfekter Autogener Schweißer

für dünne Bleche, einige gelernte

Modell-Schreiner

werden eingestellt. 570

Benz-Werke, Gaggenau in Baden.

Wir zeigen hierdurch die Eröffnung unserer Modellausstellungen ergebenst an. Besonders reichhaltig sind die Kollektionen in Damen-Hüten Damen-Kleidern für Frühling und Sommer.

Hermann Tietz

Frische

Seefische

Schellfisch

Kabliau

Grüne frische Heringe

Hermann Tietz.

Wir suchen eine zuverlässige

Zeitungs-Trägerin

für die Weststadt und Mittelstadt.

Gezielte Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.

Geschäftsstelle des Volksfreund Luitpoldstraße 24.

Dauernde Existenz! Suche für Bezirk Karlsruhe Generalvertreter zum Vertrieb meiner (eben erschienenen) 25 verschiedenen Neuauflagen hochinteressanter Bücher. Berl. Sie sofort Gratisprospekte vom Buchverl. E. Fischer, Stuttgart, Schloßstr. 57 B.

Tüchtige

Zeitungsträgerinnen

für Mühlburg und innere Stadtbezirke gesucht. Sofort melden im

Verlag der „Soz. Republik“

Kurvenstraße 23. 2167

TANZ-KURS

E. Stöhr.

Jeden Mittwoch und Samstag, abends 7 Uhr

Tanz-Stunde

im Rest „Kölnberger“ Ecke Wilhelm- u. Werderstraße. Damen und Herren jederzeit herzlich willkommen.

Hochachtend E. Stöhr

Einige Tanztänzer

2673

Malerlehrling

findet bei günstigen Bedingungen Aufnahme im Malergeschäft 2156

Schützenstraße 39.

Für neuen schw. steifen

Hut Nr. 57 2161

zu verk. Kriegstr. 109, V.

abends von 5 Uhr ab.

Kommunionkleid

2157

preiswert zu verkaufen.

Krahl, Blumenstr. 8, 3. St.

Flaschen

2159

Lumpen

Papier

Felle

Hofhaare, Metalle, Eisen

Keller- und Speicherram

lauff: Genslein, Rajanen-

straße 26, Telefon 3481.

Zu kaufen gesucht!

Einige Defen, Tei-

stübe, sowie

Badeojen u. Wanne.

Angeb. unter Nr. 2133 an das

„Volksfreundbüro“ erbeten.

Soja 290 Mk., Bestelle

2171

poliert, mit Holz 200 Mk.

bierediger Tisch (Hartholz)

190 Mk., vollst. Wohnzimmer

mit Vorhänge und Teppich

15000 Mk. sind zu verkaufen.

9. Sonntag, Kommunion-

gesch. Karlsruherstr. 19

9. u. 2161.

Maßstab Anzeigen.

Rechtsanwaltsstelle d. Gewerkschaftskart.

Die Sprechstunden der Rechtsanwaltsstelle finden jeden

Mittwoch nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt

Offenburger Anzeigen.

Gewerbeschule Offenburg.

Zur Weiterbildung für Gejellen, Gehilfen und Meister

findet ab 12. April d. J. ein

Fach-Zeichenkurs

jeweils 1 mal wöchentlich, abends von 6-9 Uhr statt. An-

meldungen mündlich oder schriftlich im Rektorat. Schul-

geld Mk. 20.-. 629

Städt.

Kartoffel-Verjorgung.

Vom Dienstag, den 9. d. Mts. ab werden gegen

die grünen Kartoffelarten D 15 und 16 je 5 Pfund

Kartoffeln in den Handlungen Göwähl, Friedrich-

straße, und Springmann, Panzerwettererstraße,

abgegeben. Preis pro Pfund 15 Pfg. 628

Kartoffelstelle Offenburg.

Festhalle Karlsruhe

Art Oberammergauer Passionsfestspiele

Ab 10. bis 17. März 1920

Vorverkauf: Fritz Müller, Musikalienhandlung, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse. Telefon 888.

2170

Direktion: G. Farnacht.